



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0331

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

13.01.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	20.01.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Verhinderung der oberirdischen Ausbaupläne der A1 und A3
- Antrag der AfD-Fraktion vom 11.01.2021

Anlage/n:

0331 - Antrag



Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

AfD-Fraktion
im Rat der
Stadt Leverkusen
Postfach 220186
51322 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Leverkusen, den 11.1.2021

Antrag: Oberirdischen Ausbaupläne der A1 und A3 verhindern!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der diesbezüglichen Sondersitzung des Rates am 20.1.2021:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Leverkusen lehnt die aktuellen Pläne des Bundesverkehrsministeriums und des Landesbetriebs Straßen NRW zum oberirdischen Ausbau der A1 und A3 entschieden ab und fordert stattdessen die Umsetzung der im Vorfeld von Straßen NRW bereits geprüften und prinzipiell als durchführbar erachtenden unterirdischen Alternativ-Varianten.

Der Rat appelliert an alle Leverkusener Mandatsträger in Bundestag und Landtag, persönlich auf parlamentarischer Ebene auf eine Rücknahme der aktuellen Planungen und ein Umschwenken auf die Alternativ-Varianten hinzuarbeiten, auch wenn sie sich damit in Widerspruch zu Ihrer Partei- und Fraktionslinie begeben müssen.

Der Rat beauftragt darüber hinaus Verwaltung und Oberbürgermeister

- sämtliche juristische Möglichkeiten der Stadt Leverkusen gegen die aktuellen Planungen zu eruieren und dann auch auszuschöpfen
- alle rechtlich zulässigen Schritte im Rahmen des eigenen Verwaltungshandelns für eine praktische Verzögerung und Verhinderung der Bautätigkeiten zu ergreifen

- die Zivilgesellschaft, insbesondere bereits bestehende Bürgerinitiativen und Anwohner, mittels umfangreicher Informationen und öffentlicher Veranstaltungen miteinzubinden und evtl. Aktionen dieser Akteure wohlwollend zu begleiten und zu unterstützen
- ein koordiniertes Vorgehen mit den ebenfalls von den achtspurigen Ausbauplänen der A3 betroffenen Nachbarkommunen zu erreichen
- alle in Frage kommenden Finanzierungsmöglichkeiten für kostenintensivere unterirdische Varianten zu ermitteln und dem Rat vorzustellen
- zusätzlich zu den eigenen Bemühungen geeignete externe Anwälte, Gutachter und Dienstleister zur Erreichung obiger Ziele zu identifizieren und zu beauftragen

Begründung:

Die Diskussion über den Ausbau der Autobahnen A1 und A3 auf dem Stadtgebiet von Leverkusen wird seit Jahren erbittert geführt. Von Anfang an haben die Bürger verständlicher Weise unterirdische Ausbauplätze favorisiert. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Schon jetzt bestehen erhebliche Belastungen für die Anwohner durch Lärm und Feinstaubbelastung – von der optischen Verschandelung und den städtebaulichen Sünden rund um das Leverkusener Kreuz und der Auffahrt zur Rheinbrücke einmal ganz abgesehen.

Die etablierte Politik vor Ort hat sich dabei immer gerne als Anwalt der Leverkusener Bürgerinteressierten inszeniert. Die tatsächlichen politischen Entscheidungen und geschaffenen Fakten sprechen leider eine andere Sprache. Die gleichen Parteien, die sich vor Ort in Leverkusen für unterirdische Ausbauplätze aussprachen, haben auf Bundes- und Landesebene das Gegenteil beschlossen. Weder der frühere SPD-Verkehrsminister Groschek noch der aktuelle CDU-Verkehrsminister Wüst haben sich nachhaltig für unterirdische Varianten bei der - ebenfalls von CDU und SPD gebildeten - Bundesregierung eingesetzt. Und dass, obwohl die unterirdischen Varianten laut diverser Gutachten, u.a. auch der Landesbehörde Straßen NRW, als sinnvoll und möglich bewertet wurden. Lediglich der Kostenfaktor sprach naturgemäß immer für rein oberirdische Trassenführungen.

Aufgrund des Versagens der örtlichen Parteien und ihrer Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene, ihren Worten auf übergeordneter Ebene auch Taten folgen zu lassen, sieht nun die aktuelle Planung des Bundesverkehrsministeriums ausschließlich oberirdische Ausbaumaßnahmen vor. Insbesondere die geplante „Mega-Stelze“ für den Ausbau der A1, aber auch die beabsichtigte achtspurige Erweiterung der A3 von Opladen Richtung Hilden, würden für die Stadt und die Anwohner nicht hinzunehmende weitere Einschränkungen und Belastungen bedeuten.

Aus diesem Grund ist jetzt an der Zeit, koordinierten politischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die skandalösen Pläne zu organisieren. Nur wenn den Verantwortlichen in Bund und Land klar wird, dass es ganz Leverkusen wirklich ernst ist mit der Ablehnung ihrer Pläne, kann noch eine Änderung erreicht werden. Dies wurde schon bei vielen großen Bau- oder Erschließungsvorhaben unter Beweis gestellt.

Dem Stadtrat kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Er kann sowohl die Stadtverwaltung mit einem entsprechenden politischen Auftrag ausstatten, als auch wichtige Impulse in die Leverkusener Bürgerschaft und überregionale Politik geben. Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion ist geeignet, diese Ziele zu erreichen.

Er postuliert die grundsätzliche Ablehnung der Leverkusener Kommunalpolitik zu den nun vorliegenden Ausbauplänen und nimmt die Leverkusener Parteien und Parlamentarier, die auf übergeordneter Ebene in Koalitionsregierungen tatsächlich in Verantwortung und stehen und etwas daran ändern könnten, in die Pflicht. Zudem formuliert der Antrag konkrete politische Aufträge an Oberbürgermeister und Verwaltung, die dazu geeignet sind, durch ein Zusammenspiel von juristischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Mitteln doch noch eine Änderung der Planvarianten zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yannick Noe'. The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'Y'.

Yannick Noe
Fraktionsvorsitzender